

Unsere Anträge für die Landtagssitzung März 2020

www.linksfraktionmv.de



Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz - Drucksache 7/4748 –

Ein rechtsextremistischer Mordanschlag folgt auf den anderen. Der Rechtsextremismus entwickelt sich immer mehr zu einer ernsten Gefahr für die Demokratie. Befördert wird diese Gefahr durch Rechtsextreme in den Parlamenten. Für unsere Fraktion steht fest: Keine Zusammenarbeit mit Feinden der Demokratie.

75 Jahre nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus - Geschichtsbewusstsein der Schülerinnen und Schüler stärken - Drucksache 7/4745 -

Mit jedem Jahr werden die zu vermittelnden Unterrichtsinhalte im Fach Geschichte umfangreicher, die hierfür vorgesehene Unterrichtszeit ist aber seit dreißig Jahren unverändert geblieben. Das hat zur Folge, dass die bedeutenden historischen Ereignisse ab 1989 bis heute im Geschichtsunterricht nicht adäquat abgebildet werden können. Wir fordern die Einführung des Geschichtsunterrichts in Klassenstufe 5 der Orientierungsstufe ab dem Schuljahr 2022/2023. Um die Geschichte des Nationalsozialismus bei Kindern und Jugendlichen aufzuarbeiten ist es wichtig, dass sie die Stätten der Verbrechen erleben. Fahrten zu Gedenkstätten müssen aus diesem Grunde so gefördert werden, dass sie für die Schülerinnen und Schüler kostenfrei sind. Ein Projekttag und altersgerechte Angebote ab Klassenstufe 5 zu den Ereignissen der jüngeren deutschen Geschichte, sowie eine mediale Bewahrung der Zeitzeugen sind ein weiteres Standbein gegen das Vergessen.

Landespolitik auf nachhaltige Unterstützung aller strukturell benachteiligten Regionen ausrichten - Drucksache 7/4746 –

Mit unserem Antrag weisen wir zunächst die unsägliche Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs Patrick Dahlemanns zurück, wonach Fördergelder in Vorpommern besser angelegt seien als in Mecklenburg. Verantwortungsvolle Politik muss die gleichwertige Entwicklung des gesamten Landes fördern und sichern. Außerdem fehlt es bis heute an einer regionalen

Entwicklungsstrategie für Vorpommern. Hier muss die Regierung endlich liefern. Und schließlich wird immer unbegreiflicher, was der hoch dotierte Posten des Vertreters eigentlich soll. Wir meinen: Das Steuergeld können wir uns gut sparen.

Wirtschaftspolitik zukunftsorientiert ausrichten - Industriestrategie für Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten - Drucksache 7/4743 –

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine neue Wirtschaftspolitik. Nach wie vor hat M-V viel zu wenig verarbeitendes Gewerbe, eine geringe Exportquote, eine geringe Dichte an Industriearbeitsplätzen und eine geringe Innovationskraft. Daraus resultiert auch ein sehr geringes Lohnniveau. Deshalb braucht es eine breit getragene Industriestrategie. Sie soll der Startschuss zu einer Neuausrichtung der gesamten Wirtschaftspolitik sein, mit welcher der künftige Entwicklungspfad für Mecklenburg-Vorpommern gezeichnet werden soll. Die bisherige Förderkulisse ist dabei von Grund auf zu evaluieren und auf die zukünftigen Schwerpunkte und Zielsetzungen auszurichten.

Rechtsstaat Mecklenburg-Vorpommern gut aufstellen - juristische Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern verbessern - Drucksache 7/4747 –

In einigen Jahren setzt in der Justiz im Land die große Ruhestandswelle ein. Über die Hälfte der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte werden bis 2031 in den Ruhestand gehen. Ab 2027 wird es jährlich im Schnitt 40 Altersabgänge im ehemals höheren Justizdienst geben. In der Rechtsanwaltschaft, den Ministerien und der Wirtschaft ist die Situation ähnlich prekär. Ohne Veränderungen wird der Juristennachwuchs im Land nicht ausreichen, um die Abgänge aufzufangen. In den letzten Jahren schlossen pro Jahr im Schnitt lediglich 6 Absolventen das zweite Staatsexamen mit einem Prädikat ab, und selbst bei abgesenkten Zugangsvoraussetzungen wäre die Situation nicht viel anders. Eine Ursache hierfür ist bereits die zu geringe Zahl von Absolventen des ersten Staatsexamens an der Universität Greifswald. Das Bildungsministerium hat den Ernst der Lage erkannt und Maßnahmen ergriffen, die Attraktivität und die Qualität des Studiums in Greifswald zu erhöhen. Diese werden jedoch nicht ausreichen, das Problem zu beheben. Um die Zahl der Juraabsolventen zu erhöhen, ist es neben einer Stärkung des Standortes Greifswald nötig, das Studium Rechtswissenschaften auch wieder in Rostock anzubieten.

Kinder- und Jugendmedizin sowie Geburtshilfe und Gynäkologie an den Krankenhausstandorten in Mecklenburg-Vorpommern erhalten - Rahmenbedingungen verbessern - Drucksache 7/4741 –

Wir fordern den Erhalt von wohnortnahen Geburtsstationen und Kinderkliniken. Dazu müssen diese jedoch kostendeckend und nicht nach Fallzahlen finanziert werden. Kinder sind unsere Zukunft, hört man immer wieder – in einem Kinder- und Familienland sollte dies erst recht gelten.

Möglichkeiten und Herausforderungen bei der Rückführung privater Krankenhäuser bzw. einzelner Bereiche in öffentliche Trägerschaft - Drucksache 7/4742 –

Worte allein genügen nicht, man muss auch etwas tun. Ministerpräsidentin Schwesig hat im Dezember 2019 erklärt, Kommunen bei der Rekommunalisierung unterstützen zu wollen. Jetzt soll sie liefern – zunächst einmal ein Gutachten.

UN-Kinderrechtskonvention ernst nehmen - Kinderrechte umfassend ins Grundgesetz - Drucksache 7/4744 –

Im November 2017 hatten wir einen Antrag mit dem Titel „Kinderrechte ins Grundgesetz“ vorgelegt. Darin ging es darum, dass sich die Landesregierung der Bundesratsinitiative –damals von den linksbeteiligten Bundesländern, Brandenburg, Thüringen, und Berlin–anschießen sollte. Mit einem Änderungsantrag von SPD und CDU, der da lautete, dass unsere Landesregierung aufgefordert wird, eine Bundesratsinitiative zur Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz vorzubereiten und 2018 vorzulegen, wurde der Antrag angenommen. Zu einer Umsetzung des Beschlusses kam es nicht. Zwischenzeitlich gab es eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu dem Thema, die einen entsprechenden Formulierungsvorschlag erarbeiten sollte. Bereits in der Novembersitzung 2019 kritisierten wir den erarbeiteten Vorschlag als unzureichend und die Landesregierung wegen ihrer Untätigkeit.

Aussprache: Zukunft der Jarmener Mühle sichern

Die einzige noch verbliebene Getreidemühle im Nordosten soll zum September 2020 geschlossen werden, obwohl der Standort hochmodern ist und schwarze Zahlen schreibt. Ihre Kündigungen haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits erhalten. Der Konzern GoodMills schert sich weder um die Menschen, die Interessen der Region noch um eine nachhaltige und klimafreundliche

Wirtschaft. Stattdessen werden Standorte weiter konzentriert. Wir fordern die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass regionale Produktion und Verarbeitung nicht weiter den Bach runtergehen. Aktive der Bürgerinitiative „Rettet die Jarmener Mühle“ und viele Unterstützer werden am 11. März ab 9 Uhr vor dem Landtag demonstrieren. Mehr als 10.000 Unterschriften werden der Landtagspräsidentin übergeben.